

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 15 M. monatl. Einzelne Nr. 80 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 5 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 10 M., unter Eingangs 12 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragliche Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 78

Sonnabend, 1. April

1922

Dresden, 31. März.

Das Vertrauensvotum für den Reichskanzler.

Der Reichskanzler hat gestern ein Vertrauensvotum erhalten, wie wenige seiner Vorgänger jemals und noch kein Kanzler der deutschen Republik. Mit 312 gegen 60 Stimmen wurde das Vertrauensvotum der Deutschnationalen abgelehnt. Schon dieser Sieg war überwältigend, und es hätte nicht erst einer Abstimmung über den Antrag des Zentrums, demzufolge ein ausdrückliches Vertrauensvotum festgelegt wird, bedurft. Aber auch das Vertrauensvotum von 248 Stimmen gegen eine kleine Minderheit von nur 81 Volksvertretern bedeutet einen Triumph des Reichskanzlers und des Reichstages. In kritischer Stunde bietet die deutsche Volksvertretung dem Kanzler nicht mehr das Bild innerer Zerküftung. Die politische Eigenbrödelerei scheint für einen Augenblick verstummt zu sein, und die Welt erfährt, daß dieses gequälte Deutschland, das heute erklären muß, seine 720 Goldmarken aufbringen zu können, doch eine kraftvolle Einheit bildet, mit der zu rechnen sein wird. Die Deutschnationalen versuchten im letzten Augenblicke durch einen parlamentarischen Trick Dr. Brüch einen Strich zu drehen. Sie brachten einen Zusatzantrag zu dem Antrag der Koalitionsparteien ein, der das Vertrauensvotum, dessen Ausschließlichkeit sie eingeschrieben hatten, verkappt erneuern sollte. Es war ein Terrorversuch, ein Appell an die um ihre Wandte belagerte Deutsche Volkspartei, seine Drohung, die Ablehnung bei den Wahlen als Agitationsmittel auszunutzen. Die Deutsche Volkspartei aber hatte ihre große Stunde. Sie stellte sich zum ersten Male seit Weimar tatsächlich auf den Boden des republikanischen Staatsgedankens. Zum ersten Male widersand sie den Forderungen und Einschüchterungsversuchen vom äußeren rechten Flügel des Hauses. Zum ersten Male war sie eine Volkspartei. Man könnte einwenden, daß dem Zuge der Wirtlichen Politik folgend, die in der Ablehnung der Ententeforderungen härtere nationale Töne fand, eine Annäherung von rechts gegeben war, und daß es nur eines kleinen Entgegenkommens von Dr. Brüch bedurfte, um die Wände der Koalition zur Deutschen Volkspartei zu schlagen. Allein auch die Unabhängigen haben eine Erklärung abgegeben, in der sie die Außenpolitik der Regierung gutheißen. In diesem Sinne hat sich gestern nicht nur eine Koalition von Brüch bis Scheidemann ergeben, sondern sie reichte noch weiter bis Brüch. Auch die Genossenschaft der Kommunisten mit den Deutschnationalen ist nicht mehr so innig wie ehemals. Seit der früheren Kommunisten Revue der Mosauer Gruppe den Rücken gefehlt hat, scheint auch der linke Flügel des Hauses in seiner prinzipiellen Opposition monden geworden. Als Dr. Brüch erklärte, daß seine Partei das uneingeschränkte Vertrauensvotum der Deutschnationalen ablehnen müsse, weil er die Verrücktheit der Weiser der Verneinung gegenüber. Vielleicht ein erfreulicher Anfang!

Zu dem Ergebnis der gestrigen Abstimmung im Reichstage über das Vertrauensvotum für den Reichskanzler Dr. Brüch schreibt die „Germania“: Die 248 Abgeordneten, die ihr Stimmrecht und deutlich in dem Ganzen von Brüchmann bis Scheidemann, das genau zwei Drittel der Vertretung des deutschen Volkes ausmacht.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt die Abstimmung einen großen parlamentarischen Sieg des Radikalen Reiches. Das Radikale gehe geführt auf eine große parlamentarische Mehrheit nach Genua.

Auch der „Vorwärts“ unterstreicht, daß die Regierung mit dem Vertrauensvotum einer Zweidrittelmehrheit entgegensteht, den von ihr aufgenommenen Kampf um die letzten Lebensrechte unseres Volkes weiterzuführen und den Gang nach Genua anzuknüpfen kann.

Die „Freiheit“ hebt hervor, die unabhängige Fraktion habe in ihrer Erklärung keinen

Das Arbeitszeitgesetz.

Das Arbeitszeitgesetz hat bisher sowohl die Regierung wie die Spitzenverbände der Gewerkschaften in mehrfachen Sitzungen beschäftigt, ohne daß diese Beratungen ein Ergebnis gezeitigt haben. Der Reichsverkehrsminister legte den Spitzenverbänden in der letzten gemeinsamen Sitzung acht Fragen vor, die das Gesetz betreffen, und über deren Beantwortung unter den Gewerkschaften nach längeren Besprechungen eine Einigung erzielt wurde. Ein Sondergesetz wird von den Gewerkschaften nach wie vor abgelehnt; in Betracht dessen aber, daß ein Gesetzesentwurf über die allgemeine Regelung der Arbeitszeit nicht vorliegt, andererseits aber schnelle vorläufige Regelung für den Eisenbahnbetrieb notwendig erscheint, wird die Verrücktheit zu Verhandlungen über eine vorläufige Vereinbarung ausgesprochen.

Nach den Vereinbarungen zwischen den Spitzenorganisationen und den Gewerkschaften sollen die vorläufigen eventuellen Abmachungen mit der Regierung für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichsbahn, einschließlich der Dienstfänger und Lehrlinge, gelten.

Als Arbeitszeit wird die Zeit der Beschäftigung und die Zeit, während der das Personal am Arbeitsplatz oder im Dienstraum anwesend sein muß, betrachtet. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit soll höchstens acht Stunden betragen und in der Regel 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Pausen unter 30 Minuten sollen in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Alle Dienstleistungen sollen die Gewerkschaften auf die Arbeitszeit angerechnet wissen. So insbesondere dienstliche Gänge und Fahrten; die Zeit, die auf den öffentlichen Fortbildungsausschüssen und Werkstattdiensten für Lehrlinge und Jugendliche sowie auf den Unterricht entfällt, an dem das Personal dienstlich teilnimmt; Dienstleistungen mit Lokomotiven; der Vorbereitungsdienst und Abschlußdienst; das Vorheizen von Zügen usw. Die reine Dienstbereitschaft des Zugpersonals in der Heimstation soll mit 80 Proz. als Arbeitszeit bewertet werden. Angemessene Ausrüstungs- und Schlafpausen werden als Voraussetzung für den Dienstbereitschaftsdienst u. dgl. gefordert. Unter anderem befragt die Antwort der Gewerkschaften an den Reichsverkehrsminister, daß die Arbeitszeit in der Regel nur durch Pausen unterbrochen werden darf, die zum Einnehmen von Mahlzeiten dienen. Soweit besondere dringliche und dienstliche Verhältnisse vorliegen, die eine Teilung der Arbeitszeit notwendig machen, soll in der Regel nur eine Ruhepause von höchstens einer Stunde eingelegt werden. Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen des Bahnunterhaltungspersonals bedingt man freien Vereinbarungen mit der Betriebsverwaltung zu überlassen. Streitfälle sollen durch die zuständigen oder zu vereinbarenden Schlichtungsstellen endgültig entschieden werden.

Was die Dienstpflicht des im Betriebs- und

Verkehrsdienst beschäftigten Personals anbelangt, so soll die Höchstdauer im allgemeinen 10 Stunden nicht überschreiten. Nur in Ausnahmefällen wird mit Zustimmung der Betriebsverwaltung eine Überschreitung dieser Höchstdauer bis zu 12 Stunden gestattet.

Unter Ruhezeit verstehen die Gewerkschaften jeden von Dienst- und Dienstbereitschaft freien Zeiteabschnitt. Sie soll in ununterbrochener Folge mindestens 14 Stunden in der Heimat und mindestens 8 Stunden außerhalb der Heimat betragen. Für das Zugpersonal werden als planmäßige Ruhezeit gleichfalls 8 Stunden gefordert, die jedoch in Einzelfällen mit Zustimmung der Betriebsverwaltung auf 6 Stunden herabgesetzt werden kann. In Ausnahmefällen soll die Zustimmung des beteiligten Personals eingeholt werden. Der Aufenthalt auf einer fremden Station soll zwischen planmäßiger Ankunft und planmäßiger Abfahrt 10 Stunden nicht überschreiten. Im Falle, daß aus besonderen Ursachen diese Zeit überschritten wird, verlangen die Gewerkschaften die überschüssige Zeit als Arbeitszeit anzurechnen.

An Ruhetagen sollen dem dauernd im Betriebs- und Verkehrsdienst beschäftigten Personal jährlich 60 von mindestens 36 zusammenhängenden Tagen zugewidmet werden. Auf den Monat sollen mindestens 2 Ruhetage fallen, die 2 dienstfreie Nächte umfassen. An Stelle der 60 Ruhetage können nach den Vereinbarungen der Gewerkschaften dem Zugpersonal 45 Ruhetage von gleicher Gesamtdauer gewährt werden, die sämtlich dienstfreie Nächte zwischen dienstfreien Tagen umfassen. 26 Ruhetage wöchentlich die Gewerkschaften auf Sonn- und Feiertage gelegt zu werden.

Die Arbeitszeit und Dienstpflicht soll durch Dienstpläne unter Mitwirkung der betrieblichen Betriebsverwaltung geregelt werden. Falls eine Einigung in Anwesenheit der Betriebsverwaltung nicht zustande kommt, wird der Reichsverkehrsverwaltung zugehört, die Regelung von sich aus zu treffen. Gegen diese Regelung kann die zuständige Betriebsverwaltung eine zu vereinbarenden positiven Schlichtungsstelle anrufen, deren Entscheidung endgültig sein soll.

Das Schlußkapitel befaßt sich mit den Ausnahmen. Eine vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit soll zur Beseitigung erheblicher Betriebsstörungen und bei nicht vorherzusehenden Unterbrechungen des regelmäßigen Betriebes durch Naturereignisse oder Betriebsunfälle von der vorgelegten Ruhezeit angeordnet werden. Falls eventuelle Beweismittel nicht längstens innerhalb 8 Tagen beseitigt werden können, so ist über den Wiederbeginn der normalen Arbeitszeit sobald mit der zuständigen Betriebsverwaltung eine Vereinbarung herbeizuführen. Für das im Betriebs- und Verkehrsdienst beschäftigte Personal gehen die Gewerkschaften weiterhin Ausnahmen nur aus Anlaß besonders starken Verkehrs zu.

Zweifel daran gelassen, daß sie den Eingriff der Entente in die Finanzhoheit Deutschlands und den Versuch der Kontrolle über die deutsche Wirtschaft auf das schärfste zurückweise.

Die Vorbereitungen für die Konferenz von Genua.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittags in einer kurzen Sitzung mit der Vorbereitung zur Konferenz von Genua. Die Frage der Zusammensetzung der deutschen Delegation wurde noch nicht endgültig geregelt. Die deutsche Delegation, die unter Führung Dr. Rathenau stehen wird, wird etwa 80 Personen umfassen. Das Auswärtige Amt wird vertreten sein durch Staatssekretär Dr. Simson und den Leiter der Stabsabteilung Herrn v. Wulgan. Es steht noch nicht endgültig fest, ob außer dem Staatssekretär Dr. Scharber vom Reichsfinanzministerium der Reichsfinanzminister Dr. Herzog selber und weiter außer dem Staatssekretär Dr. Fricke der Reichswirtschaftsminister Schmidt nach Genua reisen werden. Auch der Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministeradviser Müller wird nach Genua gehen. Als Vertreter der Ge-

werkschaften sind in Aussicht genommen Stegerwald, Wiffel und Utelev. Als Sachverständige werden der Kommissar u. a. Direktor Krämer, Geh. Kommerzienrat Guggenheimer und Haupt- schriftleiter Georg Bernhardt angeführt.

Keine Einführung der Sommerzeit in Deutschland.

(Eigene Meldung.)

Nach dem Reichsverkehrsministerium erfahren wir, daß man dort die Einführung der Sommerzeit in diesem Jahre nicht plant. Die Umstellung des Verkehrs wäre jetzt schon zeitlich nicht mehr möglich. Die angeregte Einführung der Sommerzeit in Deutschland hat also unter diesen Umständen wenig Aussicht auf Durchführung.

Angora leht ab?

Paris, 31. März. Der Berichterstatter des „New York Herald“ in Rom will von dem dortigen amtlichen türkischen Vertreter die Erklärung erhalten haben, die alliierten Waffenstillstandsvorschläge seien für Angora unannehmbar.

Zur Geschichte der Reform des höheren Schulwesens in Sachsen.

Von Ministerialrat Dr. Giesing.

Bald nach dem politischen Umschwung wurde gemäß den Bestimmungen des Beamtenrechtes die Wahl von Lehrerräten angeordnet. Diese haben sich sowohl in ihrer Tätigkeit innerhalb der Lehrerschaften wie in ihrem Verhältnis zu den Schulleitern wohl bewährt, wie die Berichte der Direktionen beweisen. Am Eltern-, Lehrer- und Schülerräten ergab sich bisher zu Schulgemeinschaften, Schulgemeinden zusammenzuschließen und so alle vorhandenen Kräfte zum Heile der Erziehung und des Unterrichtes voll zur Geltung kommen zu lassen, wurden weitere wichtige Verordnungen erlassen. Schon längere Zeit hatte es an einigen Schulen Elternabende und Elternausgänge gegeben; jetzt wurde die Einberufung von Elternversammlungen und die Einrichtung von Elternbeiräten für alle Schulen zur Pflicht gemacht, damit das Band zwischen Elternhaus und Schule so eng und fest als möglich werde. Auch den Schülerräten wurde die Wahl von Vertrauensauschüssen zugewidmet, die nicht nur in eigener Sitzung beraten, sondern auch Anfragen und Vorschläge an Leitung und Lehrerverammlung bringen und zu Vorträgen und Beratungen der Eltern- und Lehrerschaften zugezogen werden können. Auch über den Erfolg dieser Erneuerungen wird im ganzen Erfreulichen berichtet.

Die politische Betätigung der Schüler und Schülerinnen wurde durch besondere Verordnung geregelt, ebenso neuerdings ihre Beteiligung an nichtpolitischen Vereinen.

Versuchslehrpläne für einzelne Fächer: Mathematik, Naturwissenschaften und Erdkunde, ausgearbeitet von sachverständigen Vereinigungen oder wenigstens gebilligt von diesen, wurden zur Erprobung und gütlichlichen Aupferung den Schulen zugewidmet; andererseits wurden beim Ministerium ausführliche Entwürfe für Lehrpläne anderer Fächer, z. B. der Geschichte und Staatsbürgerkunde, als Unterlagen für die Neuordnung des gesamten Unterrichtes der höheren Schulen eingereicht. Auch ein Entwurf eines Lehrplanes für eine gymnasiale Anzahl nach den Wünschen der verschiedenen Schulreformer wurde von dem Ministerium durchgeprüft, mußte aber nach gütlichlicher Beurteilung auch durch die Landesvereinigung der Lehrer an den höheren Schulen, zu der die große Mehrzahl der akademisch Gebildeten unter den entscheidenden Schulreformaten selber gehört, den Lehrern zur erneuten Beratung und Bearbeitung zurückgegeben werden. Schon vorher — gegen Ostern 1921 — hatte der Hr. Unterrichtsminister mündlich seine Bereitwilligkeit zur Einrichtung und Förderung einer höheren Versuchsschule der entscheidenden Schulreformer erklärt. Nach neuerlicher Beratung im Ministerium mit Mitgliedern dieser Vereinigung soll im Anschlusse an den in Dresden seit zwei Jahren mit einer Volksschule angehaltenen Versuch Ostern 1922 ein solcher Klassenzug für die höhere Schule eingerichtet werden.

Dem die bis hieher dargelegten Reformen für die Zeit seit der Revolution nicht genügen, der möge wenigstens bedenken, daß die höheren Schulen, verneinlich in den beiden ersten Jahren nach dem Kriege, mit unabwiesbaren Sonderaufgaben überlastet waren, die es unmöglich machten, noch mehr, als es so schon geschehen mußte, Umstellungen in ihrer Arbeit und ihren Zielen vorzunehmen. Hunderte von Kriegsteilnehmern, die in das Feuer hatten eintreten müssen, ohne ihr Schulziel erreichen zu können — Unterprimaner, Ober- und Untersekundaner —, mußten in sehr abgegränzten Lehrgängen in der Dauer von drei Monaten bis einesthalb Jahren zum ersten Ziel geführt und geprüft werden. Was hier an aufreibender Arbeit und weitherigem Entgegenkommen von den Schulen geleistet worden ist, verdient uneingeschränkte Anerkennung. Rühmliche Einzeltätigkeit der vielbeschäftigten großen Stoffmassen und verständnisvolle Rücksichtnahme auf Begabung und Veranlagung der jungen Männer konnten allein zum Erfolg führen. Der hat ein besonders erfahrener und tüchtiger Teil der Lehrer erproben können, wie weit nach diesen Richtungen

deutschen Zahlungsverpflichtungen von 5 Milliarden Goldmark durchaus nicht zu hoch gegriffen war.

Die Agence Havas veröffentlicht folgende Mitteilung der Reparationskommission:

Seitern hat bei dem Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Reparationskommission, Boyden, eine Zusammenkunft von Delegierten derjenigen Mächte stattgefunden, die auf der Finanzkonferenz von Paris vertreten waren.

Im englischen Unterhause teilte Sir Robert Horne in Erwiderung auf eine Anfrage mit, die Vorschläge, die für die Regelung des deutschen Reparationsproblems unterbreitet worden seien, seien während seines ersten Besuchs in Paris nicht als ein endgültiger Vorschlag gemacht worden.

Der Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, hat in der Besetzung für Handel und Industrie eine Rede gehalten, in der er ausführte, wenn die Alliierten sich nicht zu einem einheitlichen Vorgehen gegen Deutschland entschließen, so werde notwendig auch Frankreich allein hart genug sein, energisch vorzugehen.

Hardings Vertrauensmann im Rheinland.

Der Freund und Vertrauensmann des Präsidenten Harding, Senator Cobb, hat sich von München nach Koblenz begeben, um an Ort und Stelle die eingetauchten Besatzungstruppen zu untersuchen.

Reichsrat.

Vom Reichsrat wurde gestern der vorläufige Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien angenommen; dieser Vertrag sieht für Deutschland die Reißbegrüßung vor.

Hermes fanden die Beschlüsse des Hauptauschusses des Reichstages zur Beamtenbesoldungsfrage die Zustimmung des Reichstages, doch wurde die Erwartung ausgesprochen, daß auch das Plenum des Reichstages die vorgenommenen Änderungen an dem Regierungsentwurf annimmt.

Das Kapitalfluchtgesetz.

Nach der Verlesung der Bestimmungen gegen die Kapitalflucht bis zum 31. Dezember 1922 durch den Reichstag hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß Personen die Wirtshaft von Zahlungsmitteln bei Reisen ins Ausland bis zu einem Betrage von 20000 M. erlaubt ist.

Der preussische Innenminister Sebering über die Schuppelizei.

Aus Anlaß der zahlreichen, besonders von rechtsführender Seite gegen die Schuppelizei gerichteten Angriffe hat der preussische Minister des Innern, Sebering, in einem Interview die Schwierigkeiten erläutern lassen, die sich im Augenblick einer durchgreifenden Reorganisation der Schuppelizei entgegenstellen.

Neue belgische Gewalttaten in Hamborn.

An die Verletzung des deutschen Schuppelbeamten Schmiedel durch den belgischen Polizeibeamten Schmid hat sich neuerdings eine Reihe weiterer belgischer Gewalttaten gereiht.

ohne jeden Grund von einem belgischen Soldaten durch einen Schuß in die Wade verletzt.

Zur Verhaftung der Schuppelbeamten in Oberhausen.

Über die Verhaftung der Schuppelbeamten in Oberhausen, die wir gestern meldeten, wird uns noch folgendes Nähere mitgeteilt: Oberhausen gehört an sich nicht zum besetzten Gebiet.

Die Untersuchung gegen den Minister Dr. Hermes.

Die gestrige, unter dem Vorsitz von Dr. Fischer-Röll abgehaltene Sitzung des Untersuchungsausschusses gegen den Minister Dr. Hermes wurde als verhältnismäßig kurz abgehandelt.

daß die Anschaffung des ersten und zweiten Automobils für das Reichsernährungsministerium nicht als Verletzung des Ministergesetzes angesehen werden können.

Ausfluchtbewegung an Bayern in Thüringen.

Küper den Kreisen Sonneberg und Schalkau wollen sich auch die Kreise Heildorf, Mühlhild, Siefeld, Themas und Hildburghausen Bayern anschließen.

Die Autonomiebewegung Oberschlesiens.

Auf der in Reusdorf abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der obererschlesischen Zentrumspartei stellte der Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Max Müller fest, daß die Voraussetzungen, unter denen seinerzeit die Autonomie gefordert wurde, noch heute zu Recht beständen.

Das Schicksal der Danziger Werke.

Die zwischen England, Frankreich und Polen geführten Verhandlungen über das Schicksal der ehemaligen Kaiserlichen Werke und der großen Eisenbahnhauptwerkstätte brachten nunmehr eine Vereinbarung zustande, wonach beide Werke mehr oder weniger internationalisiert werden.

Deutschland und Amerika.

Der amerikanische Botschafter für Deutschland, Houghton, empfing gestern vom Präsidenten Harding die letzten Weisungen für seine Tätigkeit.

bei, das auch als lang- und dankbare Aufgabe für Männerkreise anzusprechen ist. An den Schluss der Vortragserörterung hatte man Chöre von Engländern und Amerikanern gestellt und dazwischen das bekannte von Hugo Jüngst mit geschickter Hand für Männerchor gefasste „Erdnächten“ von Geddy.

Wissenschaft und Technik.

Der Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der sächsischen Landes-Universität Leipzig, Prof. Dr. Wilhelm Stieba, vollendet an diesem 1. April sein 70. Lebensjahr.

für den weniger Vertrauten mag es genügen, an die weitausföhrliche Bearbeitung des Kocherschen „Handels- und Gewerbetriebs“ und an die „Nationalökonomie als Universalwissenschaft“ zu erinnern.

und staatswissenschaftlichen Fakultät. 1879 erfolgte seine Berufung als ordentlicher Professor der Nationalökonomie und Statistik nach Dorpat, von wo er über Berlin, wo er vorübergehend am Kaiserlich Statistischen Amt als Regierungsrat gearbeitet hatte, einem Rufe an die Universität

(10. März 1855) 330 M., für die ersten fünf Werke aus Deutschland. Ein Wintermärchen 2000 M., Briefe von Gräbe bemerkte man mit 2900 M., ein Bruchstück aus seinem „Hannibal“ mit 7000 M.

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen für Lehrer.

Behörde an der Volkshochschule zu Dresden, Gespelt, Gehalt 2100 M., 1. St. 2000 M., 2. St. 1800 M., 3. St. 1600 M., 4. St. 1400 M., 5. St. 1200 M., 6. St. 1000 M., 7. St. 800 M., 8. St. 600 M., 9. St. 400 M., 10. St. 200 M.

Mithilfe des deutschen Volkes.

Das Ministerium des Innern hat genehmigt, daß die Volksversammlung für das n. l. d. V. im Reichsgebiet Sachsen bis Ende April nach Aufgabe der bisherigen Richtlinien fortgesetzt wird. Aus diesen Richtlinien ist nachstehend besonders hervorzuheben, daß 70 Proz. des gesamten Ertrages der Landesversammlung ohne weiteres dem Wohlfahrtsbezirk für die öffentliche Wohlfahrtswirtschaft im Reichsgebiet und in den einzelnen Gemeinden zufließen. Die übrigen 30 Proz. sind zunächst für Lösung zentraler Aufgaben gedacht.

Schnellzugverkehr.

Die jetzt nur zwischen Dresden und Witzsburg verkehrenden Schnellzüge D 116/D 115 (ab Dresden 6.53 nachm., an Dresden 6.53 vorm.) werden vom 1. April an wieder bis nach Gabel verkehren. Der jetzt im Zuge D 116 ab Dresden 6.53 nachm. laufende Schnellzug Dresden-München wird zum gleichen Tage an wieder, wie nach der Eingangsmitteilung im Zuge D 120 (ab Dresden 6.53 nachm., in München 7.30 vorm.) geführt werden.

Der Schnellzug Frankfurt (Main) - Leipzig über Gabel-Gotha wird vom 1. April an bis nach Dresden 6.53 nachm., ab Dresden 6.53 vorm., abfahrts 8.14 nachm., eintreffend am 4. April. In Dresden 6.53 wird bis auf weiteres nur ein Teil der Betriebsstellen, ein Teil bleibt Leipzig vorbehalten.

Volkswirtschaftliches.

Das Wandergewerbe in Sachsen betr.

Table with 5 columns: Von der Kreisoberhauptmannschaft, über-haupt erteilt, ausge-geben, erteilt am 31. März, erteilt am 1. April, ange-geben für Aus-länder. Rows include 1. Bautzen, 2. Chemnitz, 3. Dresden, 4. Leipzig, 5. Zwickau.

Vertragsmäßige Erziehung der Kaserne.

Der Kaserneauschuss des Eigenwirtschaftsbundes hat die Kaserne mit Wirkung vom 1. April wie folgt erhöht, nämlich um 1520 auf 6264 M., Kapfenauer 2000 M., um 1324 auf 5729 M., Gieseler-Kaserne II um 1337 auf 5549 M., Gieseler-Kaserne III um 1337 auf 5473 M., Eigenländer Kaserne um 1790 auf 5663 M., Eigenländer mit 8-10prozent Rangum auf 6020 M., Gieseler-Kaserne, zugewandene Kaserne, um 1418 auf 5677 M., Tempel-Kaserne um 2071 auf 6224 M., Herrmannsgraben, 80prozent, um 1110 auf 13820 M., Herrmannsgraben, 10prozent, um 2285 auf 12560 M. (die beiden letzten mit Kassenhandl.) Herrmannsgraben, 10prozent, um 1730 auf 7458 M. Die Preise gelten bis auf weiteres, wenigstens aber bis 30. April 1922.

Wiener Neugründung des Bauhandwerks.

Mit einem Kapital von 600 000 M. können in unter der Firma H. Ullmann & Co. in Wien ein neues Bauhandwerk als Kommanditgesellschaft gegründet werden. Die Firma hat die Aufgabe, die Bauhandwerke in Wien zu vereinigen und die Bauhandwerke in Wien zu vereinigen.

Verkauf der Reichsanstalt für die öffentliche Verwaltung.

Die Reichsanstalt für die öffentliche Verwaltung hat sich nach langem Zögern auch zu einer vollständigen Übertragung der Kaserne bereit erklärt, die sächsische Regierung hat sich aber neuerdings auf den Standpunkt, daß ein Verkauf der Kaserne die beste Lösung sei, beharrt.

Wohnbau.

Der Bezirksausschuss der Bauhandwerksvereine hat sich für den Bau von 4000 M. als Beitrag zu den Kosten der Real- bezogenen Ober- realische in Lößnitz zur Verfügung gestellt und Wegeunternehmungen von 2000 M. an Ober- realische, 10000 M. an Oppau und 11000 M. an Lößnitz bewilligt.

Wirtschaftliches.

Das Wandergewerbe in Sachsen betr.

Table with 5 columns: Von der Kreisoberhauptmannschaft, über-haupt erteilt, ausge-geben, erteilt am 31. März, erteilt am 1. April, ange-geben für Aus-länder. Rows include 1. Bautzen, 2. Chemnitz, 3. Dresden, 4. Leipzig, 5. Zwickau.

Vertragsmäßige Erziehung der Kaserne.

Der Kaserneauschuss des Eigenwirtschaftsbundes hat die Kaserne mit Wirkung vom 1. April wie folgt erhöht, nämlich um 1520 auf 6264 M., Kapfenauer 2000 M., um 1324 auf 5729 M., Gieseler-Kaserne II um 1337 auf 5549 M., Gieseler-Kaserne III um 1337 auf 5473 M., Eigenländer Kaserne um 1790 auf 5663 M., Eigenländer mit 8-10prozent Rangum auf 6020 M., Gieseler-Kaserne, zugewandene Kaserne, um 1418 auf 5677 M., Tempel-Kaserne um 2071 auf 6224 M., Herrmannsgraben, 80prozent, um 1110 auf 13820 M., Herrmannsgraben, 10prozent, um 2285 auf 12560 M. (die beiden letzten mit Kassenhandl.) Herrmannsgraben, 10prozent, um 1730 auf 7458 M. Die Preise gelten bis auf weiteres, wenigstens aber bis 30. April 1922.

Wiener Neugründung des Bauhandwerks.

Mit einem Kapital von 600 000 M. können in unter der Firma H. Ullmann & Co. in Wien ein neues Bauhandwerk als Kommanditgesellschaft gegründet werden. Die Firma hat die Aufgabe, die Bauhandwerke in Wien zu vereinigen und die Bauhandwerke in Wien zu vereinigen.

Verkauf der Reichsanstalt für die öffentliche Verwaltung.

Die Reichsanstalt für die öffentliche Verwaltung hat sich nach langem Zögern auch zu einer vollständigen Übertragung der Kaserne bereit erklärt, die sächsische Regierung hat sich aber neuerdings auf den Standpunkt, daß ein Verkauf der Kaserne die beste Lösung sei, beharrt.

Wohnbau.

Der Bezirksausschuss der Bauhandwerksvereine hat sich für den Bau von 4000 M. als Beitrag zu den Kosten der Real- bezogenen Ober- realische in Lößnitz zur Verfügung gestellt und Wegeunternehmungen von 2000 M. an Ober- realische, 10000 M. an Oppau und 11000 M. an Lößnitz bewilligt.

Wirtschaftliches.

Das Wandergewerbe in Sachsen betr.

Table with 5 columns: Von der Kreisoberhauptmannschaft, über-haupt erteilt, ausge-geben, erteilt am 31. März, erteilt am 1. April, ange-geben für Aus-länder. Rows include 1. Bautzen, 2. Chemnitz, 3. Dresden, 4. Leipzig, 5. Zwickau.

Vertragsmäßige Erziehung der Kaserne.

Der Kaserneauschuss des Eigenwirtschaftsbundes hat die Kaserne mit Wirkung vom 1. April wie folgt erhöht, nämlich um 1520 auf 6264 M., Kapfenauer 2000 M., um 1324 auf 5729 M., Gieseler-Kaserne II um 1337 auf 5549 M., Gieseler-Kaserne III um 1337 auf 5473 M., Eigenländer Kaserne um 1790 auf 5663 M., Eigenländer mit 8-10prozent Rangum auf 6020 M., Gieseler-Kaserne, zugewandene Kaserne, um 1418 auf 5677 M., Tempel-Kaserne um 2071 auf 6224 M., Herrmannsgraben, 80prozent, um 1110 auf 13820 M., Herrmannsgraben, 10prozent, um 2285 auf 12560 M. (die beiden letzten mit Kassenhandl.) Herrmannsgraben, 10prozent, um 1730 auf 7458 M. Die Preise gelten bis auf weiteres, wenigstens aber bis 30. April 1922.

Wiener Neugründung des Bauhandwerks.

Mit einem Kapital von 600 000 M. können in unter der Firma H. Ullmann & Co. in Wien ein neues Bauhandwerk als Kommanditgesellschaft gegründet werden. Die Firma hat die Aufgabe, die Bauhandwerke in Wien zu vereinigen und die Bauhandwerke in Wien zu vereinigen.

Verkauf der Reichsanstalt für die öffentliche Verwaltung.

Die Reichsanstalt für die öffentliche Verwaltung hat sich nach langem Zögern auch zu einer vollständigen Übertragung der Kaserne bereit erklärt, die sächsische Regierung hat sich aber neuerdings auf den Standpunkt, daß ein Verkauf der Kaserne die beste Lösung sei, beharrt.

Wohnbau.

Der Bezirksausschuss der Bauhandwerksvereine hat sich für den Bau von 4000 M. als Beitrag zu den Kosten der Real- bezogenen Ober- realische in Lößnitz zur Verfügung gestellt und Wegeunternehmungen von 2000 M. an Ober- realische, 10000 M. an Oppau und 11000 M. an Lößnitz bewilligt.

Dresdener Börse, 30. März 1922.

Table of stock market prices for Dresden, 30. März 1922. Columns include Deutsche Staatspapiere, Eisenbahnen, and various bonds.

Deutsche Staatspapiere.

Table of German state paper prices, including Reichsanleihe, Reichsschatzscheine, etc.

Eisenbahnen.

Table of railway stock prices, including Reichsbahn, etc.

Wirtschaftliches.

Das Wandergewerbe in Sachsen betr.

Table with 5 columns: Von der Kreisoberhauptmannschaft, über-haupt erteilt, ausge-geben, erteilt am 31. März, erteilt am 1. April, ange-geben für Aus-länder. Rows include 1. Bautzen, 2. Chemnitz, 3. Dresden, 4. Leipzig, 5. Zwickau.

Wirtschaftliches.

Das Wandergewerbe in Sachsen betr.

Table with 5 columns: Von der Kreisoberhauptmannschaft, über-haupt erteilt, ausge-geben, erteilt am 31. März, erteilt am 1. April, ange-geben für Aus-länder. Rows include 1. Bautzen, 2. Chemnitz, 3. Dresden, 4. Leipzig, 5. Zwickau.

Die einzelnen Wertpapiere vorerwähnter Firmen bedeuten die Zinstermine, die nachfolgenden die Prozentzinsen der letzten Dividenden.

